

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

137 (17.11.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887708](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887708)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von L. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Preis Nr. 90

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließjahr 17

Nr. 137

Elsfleth, Dienstag, den 17. November

1931

Chronik des Tages.

Am Sonntag fanden in Heston Newnham zum Landtag statt. Der alte Landtag war 1927 gewählt worden.
Am Dienstag findet im Reichsinnenministerium eine Konferenz der Innenminister der deutschen Länder statt. Die aus Anlaß dieser Konferenz umlaufenden Gerüchte über den Verbot der SPD. werden als unwirksam bezeichnet.
Unter Teilnahme des Staatssekretärs Dr. von Bülow begann am heutigen Montag ein neuer Tagungsabschnitt des Völkerbundes zwecks Beilegung des Mandchurenkonfliktes.
Das preussische Staatsministerium hat den Mörder des Ulmer Mordopfers als lebenslänglichen Nichts begnadigt.
In Zürich wurde der 63jährige Anstreicher Kett mit seinen drei Töchtern im Alter von 13, 16 und 18 Jahren durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Es handelt sich um einen Unglücksfall.

Ostasien vor dem Rat.

— Berlin, 16. November.

Unter dem Vorsitz des französischen Außenministers Briand versammelten sich am heutigen Montag in Paris nochmals Vertreter der dem Völkerbundrat angehörenden Mächte, um die Beilegung des chinesisch-japanischen Konfliktes — oder sogar wir richtiger: die Beilegung des Mandchurenkrieges — vorzubereiten.
Deutschland ist in diesen Verhandlungen bisher wenig vorangekommen. Während andere Regierungen zu den Mandchurenverhandlungen durchweg ihre Außenminister entsandten, begnügte sich die Reichsregierung mit der Vertretung durch einen Geheimschreiber. Erstmalig in der neuen Kaiserzeit weist die deutsche Delegation eine härtere Besetzung auf, indem ihr auch Staatssekretär Dr. von Bülow, der so viel in der Reparationsfrage in Paris zu tun hat, anheft.

Diese Einstellung Deutschlands hängt damit zusammen, daß gegenwärtig für die deutsche Politik die Neuregelung der Tributverhältnisse und die Umwandlung der kurzfristigen Auslandsverschuldung in Anleihen im Vordergrund stehen. Im übrigen aber bringt das deutsche Volk den Vorgängen in Ostasien ein sehr lebhaftes Interesse entgegen. Als ein Land, dessen Rechte wiederholt mit Füßen getreten sind und das auch heute eine ganze Reihe Forderungen an die Welt zu stellen hat, haben wir weitgehend Verständnis für den Freiheitswillen Chinas. Aber wir würdigen auch die Schwierigkeiten, mit denen Japan zu kämpfen hat, das gleich uns ein Volk ohne Raum ist.

Unserer Auffassung nach wird man daher die Probleme des ferneren Ostens niemals durch formal-juristische Methoden lösen können, sondern auch hier bedarf es einer konstruktiven Friedenspolitik, muß man sich mehr oder weniger aus dem Mann von Buchstaben lösen, die mit dem Schwert gearbeitet wurden. Das ist die eine Seite des Mandchurenkonfliktes. Daneben bilden die Vorgänge in Ostasien eine so wichtige Anlage gegen das System ungleicher Sicherheit, daß das von der deutschen Politik — und sei sie noch so sehr von der Tributfrage überhört — unmöglich übersehen werden darf. „Ein entworfenes Land ist eine Verlockung für seine Nachbarn“ hat dieser Reichswehrminister Groener in dem Gespräch mit einem amerikanischen Journalisten geäußert. Der Kanonendonner der Mandchuren und das Rachen der Fliegerbomben mitten im Frieden“ geben dieser Erklärung ein stichtägliches Echo. Nicht daß bei anders gelagerten Verhältnissen japanisch-chinesische Differenzen ausgebrochen wären, aber sehr wahrscheinlich wäre doch die Form der Auseinandersetzung eine wesentlich andere und ungefährlichere gewesen.

Daß der Völkerbund in langen Sitzungen den Zusammenstoß in der Mandchurenfrage überdauert, aber nichts getan hat, durch das der Frieden wiederhergestellt worden ist und neue Kämpfe verhindert wurden, muß Deutschland erst recht zu einem unerhörtlichen Maßstab machen, der nicht ruht, bis er die Gleichberechtigung im vollen Umfange zurückbekommt hat.

Was nun die Bemühungen des Völkerbundes im einzelnen betrifft, hofft man jetzt in Paris auf eine Einigung dahin, daß der Völkerbundrat das Recht erhält, eine Sachverständigenkommission zur Prüfung der Ansprüche in der Mandchurenfrage in das Kampfgebiet zu entsenden, die an Ort und Stelle Untersuchungen anstellen soll. Die Mitglieder der Kommission sollen unter den Militärschlechtes der Völkerbundsmächte in Tokio ausgewählt werden. Die Kommission soll auch die Aufgabe erhalten, neben den eigentlichen Feststellungen über die Situation auch die Verhandlungen zwischen dem japanischen Oberkommando der Mandchuren und den chinesischen Behörden über die Beilegung zu überwachen und zu kontrollieren.

Parallel neben diesen Verhandlungen mehr lokaler und kommunikativer Art sollen dann aber direkte diplomatische Verhandlungen zwischen Japan und China aufgenommen werden. Die beiden Parteien sollen sich vor dem Völkerbundsrat formell verpflichten, innerhald einer „vernünftigen“ Frist ein greifbares Resultat zu erreichen.

Angenommen, daß jetzt eine solche Einigung zustande käme, so wäre damit der Mandchurenkonflikt selbst noch nicht gelöst. Das Schwergewicht der Verhandlungen würde sich lediglich von Genf nach Ostasien verlagern. Man kann es daher als sicher annehmen, daß der Mandchurenkonflikt noch geraume Zeit die Diplomatie beschäftigen wird. Und in dieser Zeit kann sich jeden Tag ein neuer Zwischenfall ereignen, da sich ja die Truppen in nicht gerade großer Entfernung bewaffnet gegenüberstehen und die Erregung der Bevölkerung unermindert groß ist.

Artilleriekampf um Tsitsihar.

Japanisches Ultimatum. — Verschärfung der russisch-japanischen Beziehungen.

— Peking, 16. November.

Aus der Mandchuren treffen neue Alarmnachrichten ein. Der japanische Oberkommandierende gab die Erklärung ab, die Japaner hätten Beweise dafür in Händen, daß der chinesische General Ma von russischen Truppen unterstützt werde. Daraufhin unternahm die Japaner in Verbindung mit dem ihnen ergebenden chinesischen General Tschang Hai Peng einen Vorstoß in Richtung auf Tsitsihar. Im Verlaufe dieses Vormarsches ist es zu heftigen Zusammenstößen mit den Truppen des Generals Ma gekommen. Im Tsitsihar soll ein wilder Artilleriekampf toben. Die Angriffe der Japaner sollen von den Chinesen zurückgeschlagen sei, auch schwerere neue Meldungen von Angriffen der chinesischen Kavallerie gegen die japanische Flanke.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in der Mandchuren, General Honjo, hat vom Kriegsministerium Anweisung erhalten, mit dem chinesischen General Ma Verhandlungen einzuleiten, die sich auf folgende vier Punkte beziehen sollen:

1. Ma soll die um Tsitsihar und Angantzi stehenden Truppen auf ihre ursprüngliche Stellung zurückziehen und in Tsitsihar nur die übliche Besatzung lassen; 2. keine Truppenabteilung darf südlich der Ostchinesischen Bahn verbleiben; 3. die Eisenbahn Looman-Angantzi wird von dem Ordinary Railway-Board verstaatlicht werden. Das chinesische Militär darf sich nicht in diese Verwaltung einmischen. Würde es dies doch tun, dann würden die Japaner das Recht erhalten, jede von ihnen für nötig gehaltene Maßnahme zu ergreifen; 4. alle Bedingungen müssen bis zum 25. November erfüllt werden.

Von russischer Seite werden die Meldungen über das Eingreifen bolschewistischer Truppen in den Kampf in der Mandchuren als unwahr zurückgewiesen.

Die „Central Daily News“ von Nanjing meldet, daß japanische Truppen

Angantzi genommen

hätten. Dem gleichen Blatt zufolge sollen ein Brite und ein Franzose in der französischen Konzeption von Tientfin durch verirrte Kugeln während des chinesisch-japanischen Zusammenstoßes an der Grenze zwischen der Chinesenstadt und der japanischen Konzeption getötet worden sein.

Die japanische Presse übt heftig Kritik an dem Verhalten des Völkerbundes und lehnt eine Räumung der Mandchuren mit der Erklärung ab, bei einer solchen Maßnahme würden nur die Räuberbanden das Ubergewicht erlangen. Die Absicht des Völkerbundes, eine neutrale Kommission zur Untersuchung der Lage zwecks beschleunigter Räumung einzulegen und die Unterbreitung des Vertrages von 1915 an ein Schiedsgericht vorzuschlagen, komme für Japan überhaupt nicht in Frage. Nach allgemeiner japanischer Ueberzeugung auf Grund früherer Erfahrungen wäre der Konflikt ohne Eingreifen des Völkerbundes längst durch direkte Verhandlungen zwischen Tokio und Nanjing erledigt.

Vollstreckungsschutz-Verordnung

Landgemeinden und Osthilfe. — Dr. Gereke über die Finanzentwicklung.

— Stettin, 16. November.

Anläßlich einer Tagung des Provinzialverbandes der pommerischen Landgemeinden machte der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel, längere Ausführungen über den Kampf der Landgemeinden. In Pommern, so führte er aus, rühre die Notlage der Landgemeinden daher, daß die Mehrzahl der Landgemeinden auf die Steuerkraft der Landwirtschaft angewiesen sei. Diese Steuerkraft sei jedoch mehr und mehr zurückgegangen. Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft seien daher unerlässlich.

Gegenüber dem neuen Ostminister Minister Schlange-Schöningen, so führte Redner weiter aus, müsse man den Wunsch ausdrücken, daß mit größerer Beschleunigung als bisher durchgreifende Sanierungsmaßnahmen für den Osten durchgeführt würden. Leider mache man sich in diesen Großstädten, insbesondere auch an der Reichshauptstadt, noch kein genügend klares Bild von der tatsächlichen Notlage, die auf dem Lande herrsche und die sich besonders auf die Hauswirtschaft der Landgemeinden so nachteilig ausgewirkt habe.

Wenn es heute nahezu zur allgütigen Ergebenheit geworden sei, daß Güter jeder Größenklasse zwangsversteigert

würden, dann müsse man auch vom Standpunkt der ländlichen Kommunalwirtschaft darauf hinweisen, daß hier schnellste Hilfe geboten sei. Vieles sei schon veräußert worden. Jetzt dürfe jedoch kein Tag mehr verloren werden, und unter den ersten Maßnahmen, die zu erfolgen hätten, müsse ein Vollstreckungsschutz im Wege der Notverordnung verkündet werden. Es sei zu erwarten, daß diese längst notwendig gewordene Maßnahme nunmehr durch den neuen Ostminister bereits in der neuen Woche durchgeführt werde.

Natürlich genüge dieser Schutz noch in keiner Weise, um durchgreifenden Wandel zu schaffen, sondern er müsse seine notwendige Ergänzung finden in einer über den bisherigen Rahmen hinausgehenden Kommunalreform. In denjenigen Kreisen, in denen diese kommunale Lastententung bereits praktisch durchgeführt worden sei, lasse sich eine gewisse allgemeine Erleichterung nicht verkennen. In der Provinz Pommern seien bisher nur wenige Grenzgebiete in die kommunale Lastententung einbegriffen worden. Das müsse geändert werden. Die Ausdehnung dafür seien nicht ungünstig.

Zum Schluß behandelte Präsident Dr. Gereke noch das Anwachsen der Wohnfabrikanten, die kommunale Kulturpolitik und die außerordentlich hohen Weggelaten. Vor einem Abbau der ländlichen Zwergschulen warnte Redner. Eine derartige Maßnahme sei nicht nur mit großen Härten verbunden, sondern sie sei auch geeignet, das kulturelle Niveau auf dem Lande erheblich herabzubringen.

Einsprüche gegen Präferenzen.

Inkrafttreten der Verträge mit Ungarn und Rumänien verschoben.

— Berlin, 16. November.

Die von Anfang an vorhandenen Schwierigkeiten in der Frage des Inkrafttretens der Präferenzverträge (Botschaftsprotokolle) mit Ungarn und Rumänien haben jetzt die Inkraftsetzung der beiden Abkommen zu dem ursprünglich bestimmten Termin verhindert. Die notwendige Zustimmung der meistbegünstigten Staaten konnte nicht erreicht werden.

Etwa 20 Länder haben von ihrem Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht, darunter Frankreich, Belgien und Brasilien. Rußland, die Vereinigten Staaten und Dänemark wollten nur zustimmen, wenn man ihnen ähnliche Vorzüge einräumte, was aber nicht möglich war, da der Abschluß von Präferenzverträgen sonst überhaupt seinen Zweck verliert.

Direkten Einspruch erhoben die Tschechoslowakei, Argentinien und die Türkei. Die Prager Regierung stellte die Forderung, daß ihr von Deutschland Vorzugszölle für Gerste und Malz zugestanden werden und wollte ihre ablehnende Haltung aufgeben, falls vor dem 15. November ein günstiges Verhandlungsergebnis zwischen Prag und Berlin erreicht werden könnte. Sie hat später diese Terminsetzungen wieder fallen gelassen unter Aufrechterhaltung ihrer Präferenzwünsche.

Deutschland wird sich nun mit der ungarischen und der rumänischen Regierung erneut an den Verhandlungstisch setzen, um darüber zu beraten, wie man wenigstens zu einer teilweisen Inkraftsetzung der Verträge kommen kann. Das zweigeteilte ungarische Abkommen, das in seinem zweiten Teile die Einfuhr von 6000 bis 7000 Stück Rindern und 80 000 geschlachteten Schweinen vorsieht, wird bereits vor Abschluß der neuen Verhandlungen praktischen Wert gewinnen.

Lebensraum für Deutschland.

Adolf Hitler über die Aufgaben der nationalsozialistischen Bewegung.

— Darmstadt, 16. November.

In einer Rede über die Aufgaben des Nationalsozialismus erklärte Adolf Hitler, der Führer der NSDAP, die Grundaufgabe der nationalsozialistischen Bewegung liege nicht die Lösung von Tagesfragen, sondern die geistige Vorbereitung des deutschen Volkes, der die Schicksalsfrage unseres Volkes, Lebensraum für uns zu schaffen, lösen müsse.

Notwendig sei die Wiedergewinnung der Beziehung zum Boden, deren Verlust uns geistig entwürzelt habe. Deswegen Endes werde das Volk befehlen, das außer Güte und Billigkeit seiner Leistungen auch Kraft genug besitze, sich durchzusetzen. Die Völkler, die dies könnten, würden zur Wirtschaftsautarkie kommen, und ein Volk, das das nicht könne, werde zur Schaffung des notwendigen Lebensraumes das Schwert in die Waage werfen müssen.

Der Nationalsozialismus sei der Wall gegen den Bolschewismus. Die Demokratie verfehle sich hinter einer Mehrheit, die nicht verantwortlich zu machen sei, und löse das Gefühl des einzelnen für die Verantwortungspflicht für seine Handlungen aus. Ueberwindung der heutigen Demokratie sei Voraussetzung für den Aufstieg.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 16. November 1931.

Die Reichsregierung hat im Hinblick auf die durch die Wirtschaftslage gebotene äußerste Sparmaßnahme beschlossen, von einer offiziellen Teilnahme an der nächstjährigen Kunstausstellung in Venedig abzusehen.

• **Müller-Judva** †. In seiner Heimatstadt Judva starb der langjährige Zentralabgeordnete Richard Müller-Judva, kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres. Seit 1893 Mitglied des Reichstages, galt er als einer der besten Statisten und war besonders an der Finanzreform der Jahre 1908 und 1909 beteiligt.

• **Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie verbindlich.** Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie für verbindlich erklärt, vor einer Kürzung der tariflichen Löhne um 5 Prozent vorsteht.

• **Der Mörder des Uhrmachers Ulrich begnadigt.** Das preussische Staatsministerium hat den zum Tode verurteilten Komplizen der Neumann, Stolpe, zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt. — Die Werdatt des Stolpe hat seinerzeit durch die furchtbare Grausamkeit, mit der sie ausgeführt worden war, größtes Aufsehen erregt.

Rundschau im Auslande.

• Der französische Ministerpräsident Laval erbatte um auch in den berechtigten Senatsausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen einen Bericht über seine Reise nach Washington.

• Englands neuer Außenminister, Sir John Simon, empfing im Foreign Office die fremden Botschafter und Gesandten.

• Nach einer Erklärung des spanischen Außenministers soll in der ersten Hälfte des Dezember die Präsidentenwahl stattfinden.

• Der Führer der spanischen Liberalen, Graf Romanones, hat sich bereit erklärt, die Verteidigung des Königs Alfonso gegen die Anklage des Staatsgerichtshofes zu übernehmen.

• **Militärfeindliche Propaganda in der französischen Kriegsmarine.**

Wegen antimilitaristischer Propaganda wurden vier Matrosen eines französischen Kanonenbootes zu vier Monaten Gefängnis und eine Zivilperson wegen des gleichen Vergehens zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Einsetzung zweier Komitees?

Der Stand der Reparationsdiskussion. — Abschluß der Tagung der Wirtschaftskommission.

— Paris, 16. November.

In französischen Kreisen erwartet man im Verlaufe der neuen Woche die Einbringung des deutschen Antrages auf Einberufung des B33-Ausschusses. Die „Formel“ für die Überbrückung der deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten soll darin bestehen, daß neben dem B33-Ausschuß noch ein zweites Komitee einberufen wird, das sich in der Hauptache mit den deutschen Forderungen außerhalb der Reparationen, also insbesondere mit der kurzfristigen Verschuldung befassen soll.

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission hat die Arbeiten ihrer ersten Session zum Abschluß gebracht. In ihrer Schlußsitzung nahm die Kommission die von ihren Sachverständigen vorgenommenen Studien zur Kenntnis. Die Kommission hat festgestellt, daß in allen der Prüfung unterzogenen Gegenständen schon jetzt „günstige Aussichten für die Entwicklung einer wirtschaftlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit“ sich zeigen.

Die erste Unterkommision, die sich mit den Handelsbeziehungen und dem Ausbau französisch-deutscher Kartelle befaßt, wird in Berlin am 15. Dezember zusammentreten. Die Verkehrscommission tritt am 27. November in Paris zusammen. Die dritte Unterkommision, die eine Interessengemeinschaft zwischen den Wirtschaften beider Länder suchen soll, tagt gleichzeitig mit der ersten Unterkommision in Berlin, und die vierte Unterkommision, die sich mit der Zusammenarbeit beider Länder im Auslande befassen wird, wird am 18. Dezember in Paris tagen.

Konferenz der Innenminister.

Gerüchte über ein Verbot der Kommunistischen Partei. — Berlin, 16. November.

Am Dienstag treten die Innenminister der deutschen Länder im Gebäude des Reichsinnenministeriums zu einer Konferenz zusammen. Es ist das erste Mal, daß die deutschen Innenminister unter dem Vorsitz des Ministers Groeners. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildet die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Im Rahmen dieser Konferenz werden daher auch die vielen blutigen Zusammenstöße der letzten Zeit erörtert werden müssen.

So haben dieser Tage Führer der S.-A. bei Hindenburg um einen Empfang nachgesucht, um ihm Material zu den Ueberfällen auf Nationalsozialisten zu unterbreiten. Vom Reichsinnenministerium wird dazu unter Ablehnung mündlicher Erörterungen mit der S.-A. erklärt, nach Ansicht des Reichsinnenministers sei dieses Material den zuständigen Stellen bereits bekannt.

Aus Anlaß der Ministerkonferenz werden nun von den verschiedenen Seiten Mutmaßungen über die eventuellen Beschlüsse der Minister ange stellt. So ist von einer Ausdehnung des in einzelnen Ländern bestehenden Demonstrationenverbots auf das ganze Reich die Rede. Bekanntlich sind bereits Pläne aus früher schon erörtert worden. Ferner wird von einem allgemeinen Unformverbot gesprochen. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, läßt sich im Augenblick noch nicht nachprüfen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß Maßnahmen der Reichsregierung nach der einen oder anderen Seite nur soweit erfolgen werden, als sich darüber eine Einigung mit den Bundesregierungen herbeiführen läßt.

Zu den von einigen Zeitungen wiedergegebenen Meldungen, wonach auf der Konferenz der Innenminister die Frage eines Verbots der Kommunistischen Partei behandelt werden soll, erfährt ein Nachrichtenbüro, daß im Reichsinnenministerium von diesen Plänen nichts bekannt ist.

Nach der Ministerkonferenz, also nach dem Aufzug, soll dann die Aussprache zwischen Groener und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun stattfinden, die sich anläßlich des Rundfunkinterviews als zweckmäßig erwiesen hat.

Kommunistenverhaftungen.

Wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat.

— Ochruf, 16. November.

In einer Vernehmung Ochrufener Kommunisten und von Mitgliedern des Kampfbundes gegen den Faschismus war geplant worden, sich in den Besitz von Waffen und Munition zu setzen, die man auf dem Truppenübungsplatz zu finden hoffte. Auch die Beteiligung einiger Führer der hiesigen Nationalsozialisten soll geplant gewesen sein. Deshalb fand in Ochruf eine Durchsuchung bei etwa 20 Personen statt, bei denen man belastendes Material fand. Sieben Angehörige der Kommunistischen Partei, nämlich der Führer der Ortsgruppe Ochruf, Paul Seyfahrt, und sechs Jungmänner wurden wegen dringenden Verdachts der Vorbereitung des Hochverrats festgenommen.

Tagung des Großhandels.

Die Reichsbank will die Devisenbeschaffung erleichtern.

Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Leberseehandels hielten in Berlin unter dem Vorsitz des Geheimrats Ravené eine Sitzung ab, in der aktuelle Wirtschaftspragen erörtert wurden. Die Beratungen gipfelten in der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Lage der Welt zu einer beratigen Einschränkung im deutschen Ein- und Ausfuhrhandelsverkehr geführt habe, daß bringende Hilfe erforderlich sei. Für unbedingt notwendig wurde erklärt, daß dem Außenhandel das durch die Devisenbewirtschaftung künstlich zugehobene Kursrisiko abgenommen werde. Reichsbankdirektor Dr. Knaack stellte in Aussicht, daß die Reichsbank ein Termingeschäft in Wännen, d. h. von Valuta gegen Valuta, zwischen wolle, um den Bedürfnissen des Transithandels Rechnung zu tragen und den reinen Export- und Importhandel zu ermöglichen, sich gegen ein Kursrisiko nach Möglichkeit zu sichern.

Geständnis eines Mörders.

Der Raubmörder an Schöffor Post gefaßt.

Vor einigen Tagen wurde in Berlin-Buchholz der Drogenführer Rohlf erfaßt und beraubt aufgefunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Ertrinkenarbeiter Wittfof und bald darauf bei einer Razzia aus einem Laubengeld ein gewaltiger Rohrbach festgenommen.

Wittfof hat nun ein umfassendes Geständnis abgelegt, in dem er zugibt, gemeinsam mit seinem Freund Paul Rohrbach den Schöffor erfaßt zu haben. Rohrbach leugnet noch hartnäckig, kann aber nach dem Geständnis seines Komplizen als überführt betrachtet werden.

Sich selbst gestellt.

Ausführung eines Frauenmordes.

Der Hamburger Polizei stellte sich der 18 Jahre alte Arbeiter Baerens mit der Selbstbestimmung, seinem Arbeitgeber in Leer (Westfalen) 260 Mark unterschlagen zu haben. Baerens gestand ferner, die über 60 Jahre alte ledige Seine Moller in Horimar bei Leer auf der Treppe mit einer Yrt erschlagen und sodann aus einem Kleiderschrank die 260 Mark gestohlen zu haben. Baerens war beim Bruder der Ermordeten, der einen Eier-, Butter- und Fischhandel betrieb, beschäftigt. Nach der Tat habe sich der jugendliche Raubmörder mit einem Auto nach Münster bringen lassen, von wo er mit der Eisenbahn nach Hamburg fuhr. Hier verjubelte er das Geld in St. Georg und St. Pauli.

Eine sozialdemokratische Drohung an Brüning

Darmstadt, 16. November.

Das Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Breilscheid, richtete im Rahmen einer Wahlrede an die Regierung die Mahnung, dem Terror der NSDAP eine Ende zu machen, andernfalls die Partei von der Duldungspolitik gegenüber der Reichsregierung abgehen würde. Die Sozialdemokratie erwarte eine deutliche Antwort, ob die Regierung den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen oder sich dem Nationalismus unterwerfen wolle. In diesem Falle würde die Sozialdemokratie mit der SPD zusammengehen und mit allen Mitteln den Kampf aufnehmen.

Flüchtig gescheitert

Aur 11,7 Prozent für den kommunistischen Volksentscheid Braunschweig, 16. November.

In Braunschweig fand am Sonntag der kommunistische Volksentscheid auf Auflösung des Braunschweigischen Landtags statt. Er ist flüchtig gescheitert, da nach dem vorläufigen Gesamtergebnis aus dem ganzen Lande nur 41 289 Ja-Stimmen, d. h. 11,7 Prozent der 352 865 Stimmberechtigten abgegeben wurden, während für einen Erfolg die Mehrheit aller Wahlberechtigten mit Ja hätte stimmen müssen.

Bei der Vorabstimmung im Juni ds. Js. wurden 36 079 Ja-Stimmen, gleich 10,2 Prozent der Stimmberechtigten abgegeben. Bei der letzten Landtagswahl am 14. September 1930 erhielten die Kommunisten 20 964 Stimmen und bei den Kommunalwahlen im März 1931 insgesamt 26 231 Stimmen.

Eisleth, den 15. November 1931

Heute entließ unerwartet im Krankenhause zu Oldenburg meine liebe unvergeßliche Frau

Eli Vogt

geb. Stapelfeld.

In tiefer Trauer

Soh. Vogt und Angehörige

Beerdigung am Freitag, dem 20. November, um 15 Uhr, vom Trauerhause, Mühlengstraße. Vorher Trauerandaht.

DIE FABRIK Roman von Martin Sonnborn (ERIKA FORST)

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale) 1931

Und eines Tages — es war ein schwerer Tag und Hell rang offensichtlich mit dem Tode — öffnete der Arzt weit die Tür, winkte Frau Barbara und Nora, die an der Seite des wie benühtlos schlummernden Hell warteten, mit geheimnisvoller Miene zu und ließ die Besucher eintreten, eine Schar jüngerer Männer, achtzehn oder zwanzig an der Zahl, von einem reiferen Herrn mit einem fein durchgeputzten Kniehaken geführt. Lautlos fast verteilten sie sich in kleinen Gruppen untereinander. Und dann, gedämpft zuerst, um den Kranken nicht zu erschrecken — aber, als er die Augen geöffnet hatte und, erblickend und verhehrend, mit glücklichem Lächeln sich dem Laischen hingab, anschwelkend und stärker, sang der Arbeiterchor der Vollwantschen Fabrik dem Sterbenden ein tröstendes, ein erhebendes Lied.

Der Chor war gut. Und der Dirigent, jung noch, doch voll Talent und Kraft, hatte die ungeschulten Stimmen wunderbar zur Geltung zu bringen verstanden. Sie hatten sich lange bedacht, was sie singen sollten.

Aber dann hatten sie alle es so richtig gefunden, wie Hoppel es vorgeschlagen.

„Warum immer verhehlen? Den Tatsachen ins Auge sehen — das ist nicht nur wahrhaftig, das ist auch hilfreich — und der ist nicht feige!“

Was sie sangen, war ein Sterbelied:

„Mit Fried' und Freud' fahr' ich dahin...“

Ein Sterbelied?

Ein freudbeachtetes Wanderlied war es in dem Tonjah des alten Komponisten geworden.

„Es macht einem Lust zu sterben“, hatte Hell vor vielen Jahren einmal zu Alice gesagt, als sie miteinander musiziert und es irgendwie aufgeföhert und versucht hatten.

Das wußte freilich niemand. Nicht einmal Hell würde sich dessen erinnern haben; aber die alte Freudigkeit erfaßte ihn wieder, wie er diese ritterlich lädne und bereitwillige Melodie vernahm.

„Sagt ihnen, ich danke!“ bat er mit schwach gebordener Stimme die Frauen, die ihr Ohr zu ihm herabneigten. „Das selbe sollen sie singen, wenn ihr mich zur letzten Ruhe bringt!“

Nora wiederholte mit zitternder, jedoch deutlicher Stimme die Worte des Kranken.

„Ja, Herr Vollmant, das wollen wir geloben!“ erwiderte Hoppel, mit Tränen in den Augen.

„Weißt!“ bat Hell, und Nora winkte den Leuten, noch zu verweilen.

„Meine Geige!“ befahl Hell mehr mit Wliden als mit Worten. Sie lag, ihm sichtbar, auf einem Tischchen unweit seines Lagers. Nora reichte sie ihm, sie haltend, da der Sterbende nicht mehr die Kraft zu haben schien, sie allein zu heben.

Eine Sekunde lang lag Hell mit geschlossenen Augen da, nachdem seine bleiche Hand das blanke Holz berührt hatte. Dann, plötzlich, mit einer Willenstraft, die niemand für möglich gehalten, richtete er sich auf, hob die Geige, legte sie an und faßte den Bogen. Und wie zur Antwort auf das Sterbelied des Chors, begann er ohne Unsicherheit, selbst ohne Schwäche, zu spielen.

Das Morgenlied von Grieg, die perlenden Akkorde des Sonnenaufgangs.

Wenige Töne nur.

Da glitt der Bogen aus seiner Hand. Die Geige wäre gefallen, wenn Frau Barbara sie nicht aufgefassen hätte. Hells Kopf sank zurück. Seine Züge entspannten sich. Ein heiteres Lächeln trat in sein Mißig.

„Vorbei!“ sagte die Schwester, die hinzutram.

Nora beugte sich hinab und küßte die erkalten Lippen.

Frau Barbara aber schluchzte auf.

„Mein letzter — letzter Sohn!“

Leise zogen sich die Sängler zurück.

Die Schwester sprach ernst und tröstend: „Danken Sie Gott, daß es jetzt und so kam! — Ihm ist viel erspart worden.“

Sein geschwächtes Herz war der jähen Anstrengung erlegen.

„Hast du einen Wunsch, Nora, betrefis der Räume, die du bewohnen möchtest?“ fragte Frau Barbara die Schwiegertochter, als sie nach der Beisehung in das große, leere Haus zurückkehrte.

„Gib mir Hells Räume!“ bat Nora schüchtern.

„Sie kommen dir zu“, gewährte Frau Vollmant.

Mit großen Augen — war das einmal Wirklichkeit gewesen? — betrat Nora den Raum, den sie bisher bewohnt. Solange Hell trant gewesen — über sechs Wochen — hatte sie nicht ein einziges Mal dort übernachtet, war sie nicht aus seinem Krankenlager erwachen. Nun fand sie dort ihren Koffer, wie sie ihn in aller Eile gepackt hatte — und es wurde ihr jetzt erst bewußt, daß die Tante ihr immer ganz neue, ungebrauchte Wäsche ins Krankenhause geschickt und mitgebracht hatte.

Damals — jener Tag! Eine Welt lag zwischen dem Einst und dem Jetzt, so wenig entfernt sie zeitlich daneinander waren. Aus dem hohen Spiegel bildte ihr ein ernstes, abgemagertes Gesicht entgegen. War sie das wirklich selber, die frohe, feste, ein wenig bubenhafte Nora, die hier — zu ihrem eigenen Erstaunen — in den Armen des Mannes gelegen, den sie heute ins Grab gebettet, der, damals kaum ihr Verlobter, jetzt verschieden war als ihr angetrauter Gemahl?

In Nora war nichts als ein großes und fast furchterfülltes Staunen. Wo — so konnte das Leben sein? Wo wirt, so seltsam, so wider alle Erwarten, wider alle Vernunft? Sie trat ans Fenster und sah hinaus in den winterlichen Park, dessen tablie Räume den Ausbit nicht mehr wehrten auf die gewaltigen Gebäudemassen der Fabrik, an deren Wiederherstellung man so eifrig gearbeitet, daß von weitem alle Spuren der Zerstörung bereits verwischt schienen.

(Fortsetzung folgt.)

Ende der Weimarer Koalition im Freistaat Hessen

27 Mandate der NSDAP

Darmstadt, 16. November.

Die Wahlen zum Hessischen Landtag sind ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug 82,2 Prozent. Das vorläufige amtliche Ergebnis läßt einen Gewinn der NSDAP erkennen, wie ihn wohl die optimistischsten Beurteiler der letzten Reichstagswahl für sie auf 291 189 Stimmen gekommen. Die Sozialdemokratie hat etwa 25 Prozent verloren, die zum größten Teil den Kommunisten zu Gute gekommen sind. Sehr stark sind die Reichen bei der Deutschen Volkspartei und dem Hessischen Landvolk gelichtet worden. Diese verlorenen Stimmen dürften ausschließlich den Nationalsozialisten zugeflossen sein.

Nach den Mandatssitzungen zu urteilen, ist die Weimarer Koalition endgültig begraben. Ebenso wenig dürfte eine Rechtsregierung möglich sein, der das Zentrum nicht angeht. Auf jeden Fall wird die Regierungsbildung bei der zeitigen Einfindung der Parteien äußerste Schwierigkeiten machen, wenn nicht gar unmöglich sein.

Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis haben erhalten (in Klammern die Ziffern zur letzten Reichstagswahl vom 14. 9. 30.):

SPD 168 299 (215 747), Zentrum 112 440 (104 246), KPD 106 775 (84 512), Komm. Opposition 14 954 (—), DVP 18 325 (49 929), Staatspartei 10 793 (38 829), Radikalkommunisten 4617 (—), Christlich-Sozialer Volksdienst 16 712 (19 086), Volkspartei 1529 (4702), Hessisches Landvolk 20 766 (57 575), Deutschnationale 10 857 (11 902), Sozialistische Arbeiterpartei 8177 (—), Nationalsozialisten 31 189 (137 981).

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

SPD 15 (24), Zentrum 10 (13), KPD 10 (4), Komm. Opposition 1 (2), DVP 1 (7), Staatspartei 1 (3), Christlich-Sozialer Volksdienst 1 (—), Volkspartei — (2), Hessisches Landvolk 2 (9), Deutschnationale 1 (3), Sozialistische Arbeiterpartei 1 (0), Nationalsozialisten 27 (1). Die Radikaldemokraten, die im letzten Landtag durch Abzettelung zweier Staatsparteiertei zwei Sitze innehaben, haben diesmal kein Mandat erhalten.

Wann wird man bei Gericht schnell abgefertigt?

Nachdruck verboten!

Wer auf dem Gericht zu tun hat, vergesse nicht, die entsprechenden Papiere, Urkunden usw. mitzunehmen, sonst könnte er den Gang oder die Fahrt umsonst gemacht haben.

Will eine Partei eine Klage oder sonst einen Antrag einbringen, so nehme sie alle auf den Rechtsstreit bezüglichen Urkunden, Briefe, Rechnungen, Quittungen und Beträge mit, damit der Tatbestand ersichtlich aufgenommen werden kann. Man hat z. B. mitzubringen die Räumungslagen und Mietverträge, bei Wechselklagen den Wechsel und die Abrechnung über die Wechselkonten.

Ist ein Prozeß bei Gericht anhängig, so ist es unbedingt erforderlich, daß auf jeden Schriftstück und jeden Antrag das Altsiegel der Sache und evtl. der Terminstag angegeben wird. Man könnte sonst erleben, daß das Gericht die Akte ohne Altsiegel nicht findet und einem das Schreiben f. S. zurücksendet. Hierdurch verfließt natürlich in vielen Fällen ein großer Zeitverlust. Der Rechtsuchende wundert sich, daß seine Sache nicht weiter kommt und schimpft wüthend auf die betreffende Behörde. Als Laie kommt aber gar nicht darauf, daß durch sein eigenes Verschulden die Sache verzögert wird.

Bei Einstellung der Zwangsvollstreckung mit Interdiktionsklagen bringe man stets das Pfandprotokoll mit, bei Wohnpflandungen das zugestellte vollstreckbare Urteil. Bei Anträgen auf Todeserklärung Verstorbenen oder Kriegsermächteter die letzte Nachricht oder eine Verschonung des Zentralnachweises für Kriegsgräber und Kriegshilfenachrichtenebene zu Berlin. Zur Erhebung einer Privatklage wegen Verleumdung, Sachbeschädigung usw. ist das Zeugnis über den ergebnislos verlaufenen Eilnehmertermin ist nur nach Vorverhör vorzutragen. Ein Eilnehmertermin ist nur vorzulegen, wenn Kläger sowie Beklagter in derselben Gemeinde wohnhaft sind. Andernfalls kann direkt Klage eingereicht werden. Der Privatkläger hat einen Gerichtsanhörungsbescheid von 15 RM zu zahlen, der ihm bei seinem Anbringen von dem Privatangeklagten neben den anderen Auslagen zu erstatten ist.

Nach den geltenden Bestimmungen soll ein Zahlungsbefehl erst erlassen, wenn in einer Klage erst angelegt worden, wenn vorher die erforderliche Gebühr oder der Antragszuschuß gezahlt ist. Wenn eine Partei alle Verzögerungen vermeiden will, so versee sie sich für den Weg zum Gericht mit Geld, um gleich die Kosten zahlen zu können. Sollte sie aber zur Zahlung außer Stande sein, so versee sie sich vorher einen Armenhilfen.

Sehr häufig erscheint für den Ehemann, der durch Scheidung verhindert ist, persönlich zu erscheinen, seine Ehefrau, der ohne Vollmacht. Der Gang ist dann vergeblich getan, da in allen Fällen eine schriftliche Vollmacht vorgelegt werden muß. Das Gleiche gilt, falls jemand für einen anderen Anträge stellen will. Soweit der Vollmachtgeber eine Bevollmächtigung, das heißt, Berechtigung zur Annahme von Geld und Wertgegenständen erteilt, ist die Vollmacht stempelfrei.

Eine Beobachtung, die immer und immer wieder gemacht wird, ist die, daß fast jeder bei Frist- oder Eilgehör bis zum letzten Augenblick wartet. Das hat sehr zur Folge, daß die Einlegung eines Rechtsmittels, besonders wenn es bei einem auswärtigen Gericht anzuwenden ist, unmöglich wird, die Frist ist verflüht, und man geht das Jammern los. Bei Einlegung von Rechtsmitteln (Berufung, Beschwerde, Revision, Erinnerung usw.) nehme man deshalb so früh, wie möglich und bringe das Geld, den Bescheid usw. stets mit.

Wenn diese kurzen, auf Erfahrung gestützten Hinweise befolgt werden, dann wird sich eine glatte Abfertigung

des rechtsuchenden Publikums ohne Reibereien und ohne erheblichen Zeitverlust ermöglichen.

Zu heutiger Zeit nimmt sich jeder einen Rechtsanwalt oder einen bei Gericht auftretenden Rechtsbeistand, allein schon, um nicht selbst unnütz Zeit zu verlieren. Auch hier empfiehlt es sich, stets alle erforderlichen Papiere mitzubringen, damit der Vertreter sofort bei Gericht die nötigen Schritte unternehmen kann.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Esfleth, den 17. November 1931

Tages-Zeiger

○-Ausgang: 7 Uhr 55 Min. ○-Ankunft: 4 Uhr 28 Min
Schwaffer:

7.30 Uhr Vorm. — 8.00 Uhr Nachm.

18. November: 8.30 Uhr Vorm. — 9.20 Uhr Nachm.

19. November: 9.40 Uhr Vorm. — 10.30 Uhr Vorm.

20. November: 10.50 Uhr Vorm. — 11.30 Uhr Vorm.

Buß- und Betttag

Die erste These der 95 Thesen Martin Luthers lautet: „Da unser Herr und Meister Jesus Christus spricht: „Tut Buße!“ hat er gewollt, daß das ganze Leben des Gläubigen eine Buße sein soll.“ Nur so wollen wir unseren Buß- und Betttag begehen, daß wir uns dadurch an eine Pflicht erinnern lassen, die uns durch unser ganzes Leben begleitet, die Pflicht, vor Gott uns zu verantworten. Aber es ist sicher gut, daß ein Tag im Jahr allein hierfür festgesetzt ist, an diese Pflicht uns zu mahnen. Ein Tag, an dem wir besonders Einfuhr halten bei uns selber, an dem wir gründlich unseren inneren Haushalt mustern, an dem wir mit ganzem Ernst bedenken, was geändert werden muß. Das ist eine Notwendigkeit für jeden Menschen. Wir sind Gott verantwortlich.

* Am Totenopferfest findet nachmittags ein Kirchenkonzert statt zum Besten des Volksbundes Deutsche Kriegsgedächtnisliga.

* In der Seefahrtsschule in Esfleth bestanden am 14. Novbr. die Prüfung zum Steuermann auf großer Fahrt die Herren Felix Christus (gut), „Tut Buße!“ hat er gewollt, daß das ganze Leben des Gläubigen eine Buße sein soll.“ Nur so wollen wir unseren Buß- und Betttag begehen, daß wir uns dadurch an eine Pflicht erinnern lassen, die uns durch unser ganzes Leben begleitet, die Pflicht, vor Gott uns zu verantworten. Aber es ist sicher gut, daß ein Tag im Jahr allein hierfür festgesetzt ist, an diese Pflicht uns zu mahnen. Ein Tag, an dem wir besonders Einfuhr halten bei uns selber, an dem wir gründlich unseren inneren Haushalt mustern, an dem wir mit ganzem Ernst bedenken, was geändert werden muß. Das ist eine Notwendigkeit für jeden Menschen. Wir sind Gott verantwortlich.

* Der an der Peterstraße, hier, aufgeführte Neubau des Herrn Dr. zymalla ist am Freitag gerichtet worden. Dank der günstigen Witterung schreiten die Arbeiten flott vorwärts.

* „Wapu“ = Patent-Waschpumpe. Die Welt steht nicht still. Täglich werden neue Erfindungen gemacht, aber keine Erfindung stellt so alles bisher auf diesem Gebiet gezeigte in Schatten wie die durch 38 In- und Auslandspatente geschützte „Wapu“. Jede Hausfrau, die Zeit und Geld sparen und außerdem ihrer Gesundheit schonen will, sollte sich an mitgebrachter Wäsche von der Leistungsfähigkeit überzeugen. Nach der alten Waschmethode war der Waschtag ein Tag der Qual. Mit der Wapu-Patent-Waschpumpe sind es frohe Stunden. (Siehe Anzeige)

* Wegen Ueberfüllung des Vormittagslehrganges sind auf allgemeinen Wunsch, beabsichtigt die Hauswirtschaftslehrerin, Fräulein Margarete Gottschalk, in den Nachmittags- und Abendstunden für Frauen und Mädchen aller Stände unserer Stadt und Umgegend einen feinen Bad- und Garnier-Kursus zu erteilen, der 8 Nachmittage dauern soll und 10 RM kostet. Derselbe ist seiner Vielseitigkeit wegen, und jede Hausfrau etwas Neues auf dem Weihnachtstisch bringen will, sehr zu empfehlen. (Näheres Anzeige)

* Weiße Schatten ist der Titel eines neuen großen Metro-Goldwyn-Mayer-Films, dessen hiesige Aufführung am Mittwoch in den Zivoli-Vielstiele stattfindet. Der Film, dem das berühmte Buch von Frederic D'Obrien „White Shadows in the South Seas“ zugrundeliegt, erzählt die dramatische Geschichte eines Arztes, der auf eine Südeinsel verbannt wird und ohnmächtig mit ansehen muß, welche unglücklichen Folgen die sogenannte Zivilisation der Weissen für die bisher glücklichen und munteren zufriedenen Eingeborenen hat. Hochinteressante Szenen aus dem Leben der eingeborenen Völker und einzigartige Naturaufnahmen geben dem Film ihr besonderes Gepräge. Der Regisseur W. S. Van Dyke drehte „Weiße Schatten“ auf den Marquesas-Inseln in der Südee unter Mitwirkung eines der ältesten Eingeborenenstämme. Monte Blue und Raquel Torres spielen die Hauptrollen. Ferner läßt ein neuer Allan Gibb-Film. Lillian Gibb, die Frau die alle Herzen rührt, die in diesem Jahr bereits mit „Herzschlag der Welt“ einen ungeheuren Erfolg errungen hat, steht auf der vollen Höhe ihres großen Ruhms und liefert davon eine neue Probe in ihrem neuesten Film „Stürme“. Ihr Partner ist Lars Hanson. Sie spielt da ein Mädchen aus einer amerikanischen Stadt, das durch ein abenteuerliches Schicksal in die Schrednisse der Arizonawüste verbannt wird. Ein Sandsturm bildet den Höhepunkt einer an atemberaubenden Zwischenfällen und von grandiosen Naturaufnahmen illustrierten spannenden Handlung. Beide Filme wurden vom Central-Institut für Erziehung und Unterricht in Berlin als künstlerisch wertvoll anerkannt.

* Der Radikalklub Esfleth hält am nächsten Sonnabend eine Mitgliederversammlung ab, in der in erster Linie die Frage des Rechtschutzes gegen Rundfunkstörungen erörtert werden soll. Die kirchliche Mitteilung von der Entziehung des Landgerichtes Berlin über den Streit zwischen einem Gastwirt und einem Freiseur über Rundfunkstörungen durch einen Föhn hat bereits bei verschiedenen Rundfunkhören Zweifel aufkommen lassen, ob auch in Esfleth derartige Störungen im Wege der Klage nicht verhindert werden können. Diese Zweifel sind jedoch

Vaterl. Frauenverein v. R. Kr. Esfleth

Liebe Kinder! Heute wenden wir uns an Euch! Heute könnt Ihr dem Frauenverein helfen. Wer von Euch hat viel Spielzeug und mehrere Puppen und möchte den Kindern, die nichts haben, davon zu Weihnachten schenken? Die Sachen müssen natürlich heil sein, doch wird für Kleider und Wäsche der Puppenfinder das Christkind sorgen. Wer also etwas schenken möchte, der bringe es am Freitag nachmittag in den Konfirmandensaal

unbegründet. Außerdem wird ein neues Empfangsgerät mit hervorragender Trennschärfe vorgeführt werden, das die Lieberlagerung durch andere Sender, die besonders in den Abendstunden sehr lästig wirkt, so gut wie gänzlich ausschaltet. Das Erscheinen aller Mitglieder ist deshalb in ihrem eigenen Interesse unbedingt erforderlich.

* Fußball. Beide Mannschaften des Sportvereins Esfleth wollten am letzten Sonntag in Oldenburg. Esfleth 1. Schülermannschaft spielte gegen Kalenport Oldenburg 1. Schüler. Es war ein spannendes und fair durchgeführtes Spiel. Esfleth ging mit 1:0 in Führung, kurz darauf fiel der Ausgleich für Oldenburg. Lange Zeit führte Esfleth dann wieder 2:1. Beim Abpfiff lautete das Resultat 2:2. Um 3 Uhr spielte Esfleth 1. Herrenmannschaft gegen Kalenport 3. Ebenfalls gab es hier nur ein 1:1. Die Esflether Mannschaft spielte vollkommen überlegen, die Zuschauer bekamen ein lauberes Kombinationspiel zu sehen; es fehlte bei Esfleth lediglich der sichere Torhüter. In der Herrenklasse sind die Spiele der Herbstserie erledigt. Soweit heute zu überlegen, dürfte Esfleth die Führung in der Tabelle errungen haben.

* Oldenburger Landestheater. Dienstag, 8 Uhr (A 11): „Mina“. Mittwoch: (Gesellschaft) Donnerstags, 7¹/₄ Uhr (B 12): „Don Juan“ (Don Giovanni). Freitag, 7¹/₄ Uhr (C 12): „Die Kaiserin“. Sonnabend, 4 Uhr: „Winnnetou“ (Preise 0.50 bis 1.50 RM); 7¹/₄ Uhr: Rotgemeinschaft, Nummern 3501 bis 4375 einschl. „Der Raub der Sabinerinnen“. Sonntag, 4 Uhr: Niederdeutsche Bühne „Mutter Mems“ (Preise 0.50 bis 4 RM); 7¹/₄ Uhr: „Brin Friedrich von Homburg“ (Einheitspreise 0.50 und 1 RM).

* Die Weserschiffahrt im Oktober 1931. Durch das Ausbleiben größerer Niederschläge trat im Oktober eine weitere Verschlechterung der Wasserverhältnisse ein. Auf der Oberseer ließ der Wasserstand an seinem Tage volle Abladung der kleineren 1,85 m tauchenden Rähne zu. Die Mittelwasser war nur am letzten Monatsende vollschiffig. Abfertigungen der vom Kanal kommenden Kohlen- oder Kali-Rähne waren daher in Minden nötig, oder man mußte von vornherein schon im Ruhrgebiet, in Hannover oder Hildesheim auf volle Ausnutzung der Fahrzeuge verzichten. Die theoretischen monatlichen Durchschnitstauchtiefen waren für die Oberseer 1,34 m (1,66 m im September) und für die Mittelwasser 1,67 m (1,99 m). Die geringste Tauchtiefe betrug auf der Oberseer 1,21 m am 10. und auf der Mittelwasser 1,56 m am 11. und 12. Im Durchgang durch die Bremer Weserschleuse übertraf der Verkehr im Oktober mit 152 100 t den Vormonat um 10 500 t. Hieron entfallen infolge größerer Kohlen- und Ralitransporte 9 500 t auf die Talfahrt, die 11 600 t betrug. Vergwärtungen gingen 32 500 t oder 1000 t mehr, insbesondere durch stärkere Getreideverfrachtungen sowie Reis- und Phosphatabladungen, die im Vormonat fehlten. Holz, Mehl und Kohlen wurden dagegen weniger befördert. Im Vergleich zum Oktober v. J. bißte der Talverkehr 47 800 t ein, die zum größten Teile auf den Winderverbrauch von Reis und Steinen kommen. Vergwärtungen gelangten 2 500 t mehr zur Verladung. In den Monaten Januar bis Oktober blieb die Gesamtladungsmenge mit 1 338 800 t um 441 800 t oder fast 25 % hinter dem Vorjahre zurück. Dieser Anstieg verteilt sich auf 402 000 t auf den Talverkehr (— 28 %) und mit 39 800 t auf die Vergfahrt (— 13 %).

* Auch in Chile ist es nicht besser. Es ist den deutschen Auswanderungslustigen allgemein bekannt, daß auch in Südamerika ein Ueberangebot von Arbeitskräften besteht. Eigenartiger Weise wird aber vielfach angenommen, daß im südamerikanischen Staate Chile die Anstellungsaussichten für deutsche Arbeitssuchende durchaus nicht ungünstig seien. Ansehend ist diese Einstellung auf Schilderungen von Auslandsdeutschen zurückzuführen, die vor Jahren in Chile tätig waren und annahmen, daß die günstige wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande angehalten hat. Leider ist aber das Gegenteil der Fall. Wie aus dem neuesten Bericht der Zahlstelle Valparaiso des Gewerkschaftsbundes der Angeflossenen zu ersehen ist, haben sich auch in diesem Lande die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr verschlechtert. Mehrere Salpetergesellschaften sind bereits eingegangen, einige Vambetriebe haben sich zusammengeschlossen usw. Anbauern finden Entlassungen von Angestellten statt. Der Ueberfluß an deutschen Handlungsgesellen ist bereits sehr groß. Die vor kurzem durchgeführte Erhöhung der Steuern und Zölle wird zu weiteren Personaleinsparungen führen. Der ungünstigste Arbeitsmarkt hat sich auch in der Gehaltsfrage bereits stark ausgeweitet. Mit Gehältern von 350 bis 400 Peso (1 chil. Peso etwa RM 0.51) ist nur bei bescheidenster Lebensweise auszukommen. Rücklagen für die spätere Heimfahrt nach Deutschland lassen sich davon kaum machen. Es kann daher z. Bt. nicht empfohlen werden, auf gut Glück nach Chile zu gehen, es sei denn, daß Varmittel für den Lebensunterhalt eines ganzen Jahres sowie für die Rückreise zur Verfügung stehen. In solchen Fällen empfiehlt es sich aber, vorher nähere Einzelheiten über Klima, Kleidung, Arztkosten usw. bei der Auslandsabteilung des ODV, Hamburg 36, Büchstraße 4, zu erfragen.

* Der Deutsche zahlt die meisten Steuern. In Großbritannien ist ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern, dessen Einkommen aus Arbeitsentlohnungen besteht, bis zu 8040 RM Jahreseinkommen vollständig steuerfrei. Derselbe Steuerpflichtige zahlt in Deutschland 443 RM Einkommensteuer jährlich. In Amerika reicht die Steuergrenze bis 18000 RM, während der gleiche Steuerpflichtige in Deutschland 1690 RM Steuern bezahlen muß.

In Frankreich haben die kleinen Einkommen bis zu 4000 Mark nur eine Steuerbelastung von 8,8 v. H., in Deutschland von 12,9 v. H. Das rührt daher, daß in Amerika 11,5 v. H. der Steuerzahler ein Einkommen von über 50000 RM jährlich haben, in England 3,2 v. H., in Deutschland nur 0,1 v. H. Die Einkommen über 50000 RM bringen in England 70 v. H. der Einkommensteuer auf. Ähnlich ist es in Amerika und Frankreich.

§ Oldenburg. Den Höhepunkt der Verhandlungen vor dem am 14. Dezember beginnenden Schwurgericht dürfte die gegen den 24-jährigen Bäckergehilfen Gerd Cordes aus Bürgerfelde bedeuten, der in der Nacht zum 8. September die Tochter des Bäckerbesizers Claassen in Rühlingen, Gemeinde Ganderkesee, erdroffelte. Das Mädchen war erst 16 Jahre alt und wurde am folgenden Morgen tot auf dem Heuboden aufgefunden. Der Täter flüchtete zunächst, stellte sich dann aber freiwillig der Polizei in Delmenhorst und legte auch sofort ein Geständnis ab. Er beauptete zu der Tat aus Eifersucht gekommen zu sein. — Wie erinnertlich sein wird, traf zwei Tage später aus Suttgart eine bei Vorkasse die Nachricht von dem tödlichen Überfall auf den Landwirt Heidemann ein, der in einem Garten unweit seines Hofes vorgefunden wurde. Er ist anscheinend von Obstdieben getötet worden. Leider konnte in diesem Falle bislang die Polizei den oder die Täter noch nicht ausfindig machen. Von den beiden vor einigen Tagen verhafteten ist einer, der Landwirt Nordholz aus Rodden wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der andere, ein Arbeiter, ist allerdings noch in Haft gehalten worden. Die Untersuchung muß ergeben, ob er tatsächlich zu dieser Angelegenheit in irgend welcher Beziehung steht.

§ Oldenburg. Landesverband der oldenburgischen Wirtvereine. Unter Leitung des Vorsitzenden Blohm fand in dessen Lokal, dem „Haus Schöne“, eine außerordentliche Vertreterversammlung statt, die sich mit der Noilage des oldenburgischen Gastwirts-Gewerbes befaßte. Einleitend wies Herr Blohm auf die dreimalige Verlegung des Bieres mit neuen Steuern im Laufe eines Jahres hin. Die Steuer werde nicht am Ursprungsort, sondern bei der letzten

Berteilungsstelle, also dem Wirtshaus, erhoben. Die Wirte seien daher gehalten, die Bierpreise andauernd zu erhöhen. Infolge der Kürzung aller Einkommen gehe der Konsum des Bieres immer mehr zurück, und das Gastwirts-gewerbe gelange in eine immer schwerere Noilage hinein. Hinzu komme noch die sogenannte Schenk-Verzehsteuer, die eine noch größere Last in den Gaststuben bedingen müsse. Solche Steuern seien nicht tragbar und müßten manchen in die Veruchung bringen, sich der Steuerhinterziehung schuldig zu machen. — Die Versammlung nahm dann Stellung zu der Abstimmung des Präsidenten Köster des deutschen Gastwirterverbandes als Reichstags-abgeordneter. Dieser hat sich bekanntlich für die Regierung Brünning erklärt. Die Meinungen darüber waren zwar geteilt, jedoch lehnte die Mehrheit eine solche Haltung ab.

Befehens der Ortsgruppe Oldenburg des SW. in der „Union“ hatte Oberfeuerinspektor a. D. Knief als Vertreter der Gruppe Brake-Nordenham mit anderen Ortsgruppen eine Besprechung, in der er den Vorschlag machte, im Oldenburg ein würdiges Denkmal für den deutschen Kriegshund 1914/18 und die gefallenen Kriegshundführer zu errichten. Der Denkmalsvorschlag fand einmütige Billigung aller Anwesenden. Mit der Leitung der Vorarbeiten wurde Rechnungsrat Voigt-Oldenburg beauftragt. Oberfeuerinspektor a. D. Knief will versuchen, Fronteilebende der noch lebenden Kriegshundführer und ihrer vierbeinigen Kameraden zu sammeln, sie zusammenzustellen und sie möglichst bald erscheinen zu lassen, damit sie der Verehrtheit entrichten werden.

* **Murich.** Die Regierungstelle in Murich teilt mit,

Als 1 Gutschein gilt

jede Umhüllung der Ser-Packung von **MAGGI** Fleischbrüh-Würfeln, — auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist. — Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrüh-Würfel



Der Besitzer des Centralhotels in Barel Heiroth beantragte ein Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten, die Vertreter der Freijährigen drohten mit ihrem Austritt aus dem Verbands. Das Endergebnis der lebhaften Aussprache war die Annahme eines Antrages Cording, Wüch's Hotel Westerstede, dem Präsidenten schriftlich das Bedauern der Versammlung hinsichtlich seines Verhaltens auszusprechen. Es wurde ferner ein Antrag Meyrose, Apen, angenommen, betr. der Biersteuer und Schenkverzehsteuer wiederholt bei der Regierung vorstellig zu werden. Nach dem noch sonstige Wirts-Angelegenheiten verhandelt waren, wurde die 4stündige Tagung geschlossen.

* **Oldenburg.** Errichtung eines Denkmals für den deutschen Kriegshund. Gelegentlich der Feier des 20-jähr.

daß der preussische Minister für Volkswohlfahrt den Landgebräudern Johann Schmidt in Bahnhafen, Kreis Aurich und Ottmann Oldmann in Neermoor, Kreis Leer, anlässlich der Geburt des 12. Kindes eine Erziehungsbefähigung von je 200 RM bewilligt hat.

* **Braunschweig.** Im Studentenheim der Technischen Hochschule ließ sich ein bulgarischer Gasthörer im Verlaufe eines Wortwechsels mit deutschen Studenten dazu hinreißen, das Schimpfwort „Boche“ zu gebrauchen. Der Vorstand der Studentenschaft hat daraufhin an den Rektor das Eruchen gestellt, den Ausländer von dem Besuch der Vorlesungen auszuschließen und dafür zu sorgen, daß er aus Braunschweig ausgewiesen wird.

Bekanntmachung

Die zu Martini fälligen Pachten u. Pachtraten für Staatsländereien sind zunächst mit 80 v. H. zu zahlen. Die Höhe der zu zahlenden Martinipachten kann erst nach der Entscheidung der Pachteinigungsämter endgültig festgestellt werden. Oldenburg, den 13. November 1931.

Ministerium der Finanzen
Dr. Willers

Amtsgericht

Das Amtsgericht hat heute unter Nr. 221 selbständigen Fernsprechanschluß bekommen. Eisfleth, den 12. November 1931.

Zum Totensonntag

Grabschmuck in jeder Preislage
Joh. Bruns, Gartenbaubetrieb, Fernspr. 247

Kirchliche Nachrichten.
Mittwoch, den 18. November
Buß- und Bettag
10 Uhr: Gottesdienst
Danach Weichte und Aus-
teilung des Heiligen Abend-
mahles. Anmeldungen
vorher erbeten.
Nachmittags 4 Uhr: Gottes-
dienst in Reuenfelde.
Kollekte für die Seemanns-
mission.
Donnerstag 8 Uhr Bibelstunde

Badeanstalt
Arnold Ahlers
Wannenbäder / Duschbäder
Heißluft- u. Dampfbäder
Badezeit täglich von 9—19 Uhr
Freitag von 5—7 Uhr:
Prima Robileisch
bei Ww. Popken

W. Hohn.
Empfehle zu Freitag
frische Seefische
Bestellungen bis Mittwoch
erbeten.

A. Passarge
Lasse diese Woche eine
prima fette Quene
ausshauen, Pfd. 60—70
Freitag ab 2 Uhr bei
Gastwirt Wunderloh,
Reuenfelde, Sonnabend
Steinstr. 37. Bitte vor-
herige Bestellung bei Kruse
Johann Ostendorf

Sonnabend, nachm. 2 Uhr
frisches
Schweinefleisch
Pfund 60—80
Wilh. Schmidt, Zimpen
Vorherige Bestellung erbeten

Valerl. Frauenverein vom R. Kr.
Eisfleth
Freitag, 20. November,
um 3 Uhr
Nähnachmittag
und um 8 Uhr
Nähabend
im Konfirmandensaal.

Radio-Klub
Sonnabend, d. 21. Nov.
20 Uhr, in Geislers Hotel
**Mitglieder-
Versammlung**
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über den
Stand der Rechtspflege in
Störungsfällen.
2. Programmwünsche.
3. Wahl eines neuen Schrift-
führers.
4. Verschiedenes.
5. Berichterstattung über Fort-
schritte der Radioschmit mit
Vorführung eines neuen
Empfangsgeräts.
Der Vorstand

Zum Totengedenktage!
Grabschmuck jeglicher Art
in feiner Ausführung
Reichhaltige Auswahl im
Gartenbaubetrieb Fr. Orth
Oberrege und Steinstraße 47
Fernsprecher 61 und Fernsprecher 41

Tivoli-Vichtspiele.
Mittwoch (Bußtag):
Weisse Schatten
9 Akte mit Monte Blue / Raquel Torres
Stürme
6 Akte mit Villian Gish und Lars Hanson

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Ortsgruppe Eisfleth
Kirchenkonzert
zum Gedächtnis der Gefallenen
und zum Besten
der Kriegsgräberfürsorge
am Totensonntag, nachm. 5 Uhr
Mitwirkende: Gemeinde-Schwester Cäcilie
(Sopran), Direktor Dr. Möller (Violine),
O. Oldenburg (Bariton)
Musikalische Leitung und Orgel: Organist und
Chordirigent Hans Schumacher
Eintritt 1 RM, Karten im Vorverkauf 75 H bei
H. Bargmann, C. Juchert und G. Kunkel

Die Kleiderammlung hatte
ein über Erwarten gutes
Ergebnis. Allen gütigen
Spendern und den eifrigen
Sammelern spricht den herz-
lichsten Dank aus
Der Valerl. Frauenverein v. R. Kr.
Eisfleth
Zu kaufen gesucht
gut erhaltener Ofen
Weberstraße 39

Hingerichtet
find die Augen aller Hausfrauen auf
**„Wapu“ Patent-
Waschpumpe**
38 D. R.-Patent und U.-Patente und D. R. G. M.
Die neueste deutsche Errungenschaft der Technik
Wasche mit Luft
Ganz neu! Noch niemals in Eisfleth gezeigt!
Ueberrückt sämtliche bisher gezeigten Waschapparate
in Leistung, sowie in **spielend leichter Hand-
habung.** Ein Kind von 10 Jahren kann den
Apparat bedienen und die große Wäsche wird in
1 bis 3 Stunden erledigt **ohne Kochen, Reiben**
und Bürsten. Bedeutende **Ersparnis an**
Zeit, Waschmitteln und Brennmaterial. Jede Art
Wäsche kann gewaschen werden unter
Beibehaltung aller bisherigen Waschmittel
und Gefäße. — Der Apparat
wäscht, bleicht und spült zugleich
3 Jahre Garantie. Vorzugspreis während der
Vorführungszeit **RM 22.—**
Auf Wunsch Teilzahlung!
Um alle Hausfrauen von der **hervorragenden**
Güte der Wapu-Patent-Waschpumpe zu
überzeugen, findet am
Dienstag, 17. November, Donnerstag, 19. November,
Freitag, 20. November, nachm. 4 Uhr u. abds. 8 Uhr.
im Gasthof „Zum schwarzen Roß“ (Kruse)
eine **Vorführung** statt.
Sämtliche **Hausfrauen u. Hausfrauenvereine**
werden hierdurch eingeladen. Schmutzige, trockene
Wäsche mitbringen, in 4 bis 5 Minuten erhalten
Sie dieselbe sauber gewaschen zurück. **Kein**
Stampfen, kein Apparat mit Holzstiel oder
in den Kessel zu setzen.
Eintritt frei! **Eintritt frei!**
In Oldenburg und Nordenham in einigen
Tagen über **500 Stück** verkauft.

Abendlehrgang
im Anrichten feiner, kalter Platten und Fein-
bäckerei erteilt
Margarete Gottschalk
bei Frau Randel, Eisfleth, Peterstr. 46